

Gerstenberger, Wolfgang

Article

Wachstumsbremse Bau - Wann kehrt Ostdeutschland wieder zum Aufholpfad zurück?

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Gerstenberger, Wolfgang (2001) : Wachstumsbremse Bau - Wann kehrt Ostdeutschland wieder zum Aufholpfad zurück?, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 08, Iss. 5, pp. 36-43

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/169609>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wachstumsbremse Bau – Wann kehrt Ostdeutschland wieder zum Aufholpfad zurück?

Seit Mitte der 90er Jahre ist der Aufholprozess Ostdeutschlands in der Wirtschaftskraft (Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner) praktisch zum Erliegen gekommen. Als Ursache werden eine verfehlte Lohnpolitik sowie unzureichende Arbeitsanreize in der Transferwirtschaft Ostdeutschlands angeführt.¹ Zwar ist nicht zu bestreiten, dass diese Faktoren das Entstehen von noch mehr Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich in Ostdeutschland hemmen. Von größerem Gewicht für die zu beobachtende Wachstumsschwäche Ostdeutschlands dürfte aber eine strukturelle Verwerfung der ostdeutschen Wirtschaft sein, die im Gefolge der massiven Investitionsförderung nach der Vereinigung entstanden ist.

Der Fluch der guten Tat

Im Bestreben, den Beschäftigungseinbruch in den ostdeutschen Betrieben nach dem Wettbewerbschock der Vereinigung abzufangen und möglichst rasch neue, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu schaffen, wurden von Bund, Ländern, Bahn und Telekom jährlich nicht nur zweistellige Milliardenbeträge in die Modernisierung und den Ausbau der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur investiert. Mit noch höheren Summen pro Jahr wurden die Investitionen der Unternehmen in Sachanlagen über Zuschüsse, Zulagen und Steuervergünstigungen auf breiter Front gefördert.² Die Förderung beschränkte sich nicht auf exportfähige Industrien und Dienstleistungszweige, sondern bezog auch binnenwirtschaftlich orientierte Bereiche wie den Handel, das Handwerk sowie das Wohnungswesen ein.

Das Förder- und Modernisierungspaket löste in der ersten Hälfte der 90er Jahre einen Boom bei den Bauinvestitionen aus. Zwischen 1991 und 1995 entstanden über 350.000 zusätzliche Arbeitsplätze im ostdeutschen Baugewerbe. Dies war damals sehr

willkommen angesichts des Einbruchs in der Industrie, welcher mit dem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit aufgrund eines veralteten Produktionsprogramms und -apparates, einer verfehlten Lohnpolitik und der Friktionen bei der Privatisierung einherging. Im Jahr 1995 fanden 14,9 % aller Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus registrierte Arbeitslose) Arbeit im Baugewerbe. Sieben von 100 Einwohnern arbeiteten im Bau.

Der Vergleich mit den entsprechenden Relationen in Westdeutschland zeigt jedoch bereits, dass durch die massive Investitionsförderung das Baugewerbe in Ostdeutschland auf eine Größe aufgebläht worden war, die auf Dauer nicht haltbar sein konnte. Das Gewicht als Arbeitgeber war 1995 mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland, wo für 6,3 % der Erwerbspersonen bzw. 3,2 % der Einwohner ein Arbeitsplatz im Baugewerbe bereitgestellt wurde. Selbst in der Hochphase des Wiederaufbaus wurden in den alten Bundesländern nie so hohe Dichtezahlen für das Baugewerbe gemessen. Anfang der 60er Jahre fanden 8–9 % der Erwerbspersonen und 4 % der Einwohner einen Arbeitsplatz im Bau.

Als unbeabsichtigte Nebenwirkung der Investitionsförderung waren demnach Überkapazitäten in der Bauwirtschaft und eine massive Verzerrung der ostdeutschen Wirtschaftsstruktur entstanden. Sowohl bei Wohnbauten als auch bei Wirtschaftsbauten überstieg das Angebot in Ostdeutschland bei weitem die Nachfrage. Tatsächlich sind dann auch die Bauinvestitionen in Ostdeutschland nach 1995 zurückgegangen, obwohl die Investitionsförderung bis 2004 verlängert worden ist. Eine Rolle für das Ende des Baubooms mag gespielt haben, dass die Förderung etwas gestrafft und der Wohnungsbau nicht mehr generell gefördert wurde. Nach wie vor haben jedoch auch Handel und Handwerk im innerstädtischen Bereich Anspruch auf Förderung.

¹ Vgl. Sinn, H.-W.; Westermann, T. (2000), „Two Mezzogiornos“, CESifo Working Paper No. 378, Dezember.

² Im einzelnen vgl. BMWT (1999), „Bilanz der Wirtschaftsförderung des Bundes in Ostdeutschland bis Ende 1998“, Berlin, S. 7.

Die Wirkung auf das Wachstum in Ostdeutschland

Mit den sinkenden Bauinvestitionen musste auch die Bauproduktion in Ostdeutschland gedrosselt werden. Die Wirkung auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Ostdeutschland lässt sich am Wachstumsbeitrag des ostdeutschen Baugewerbes ablesen. Der Wachstumsbeitrag misst die Relation zwischen der Veränderung der realen Bruttowertschöpfung in einem Wirtschaftsbereich gegenüber dem Vorjahr und der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche im Vorjahr. Die Summe der Wachstumsbeiträge aller Wirtschaftsbereiche ergibt die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate. Abbildung 1 zeigt die Zerlegung des ostdeutschen Wachstums in die Beiträge der verschiedenen Wirtschaftszweige für die Jahre seit 1992.

Seit 1996 leistet das Baugewerbe einen negativen Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum in Ostdeutschland. Während das Baugewerbe in der ersten Hälfte der 90er Jahre das ostdeutsche Wachstum um 2–3 Prozentpunkte nach oben gedrückt hat,

dämpft der Schrumpfungsprozess das Wachstum seitdem um 1–2 Prozentpunkte. Ohne die Reaktion im Baugewerbe auf die vorangegangenen Übersteigerungen würde die Wachstumsrate in Ostdeutschland nicht bei 2 Prozent liegen, sondern bei 3–4 Prozent. Da die westdeutsche Wirtschaft im Trend mit 2 % wächst, würde bei dieser Wachstumsrate Ostdeutschland auch wieder in der Wirtschaftskraft und beim Lebensstandard aufholen.

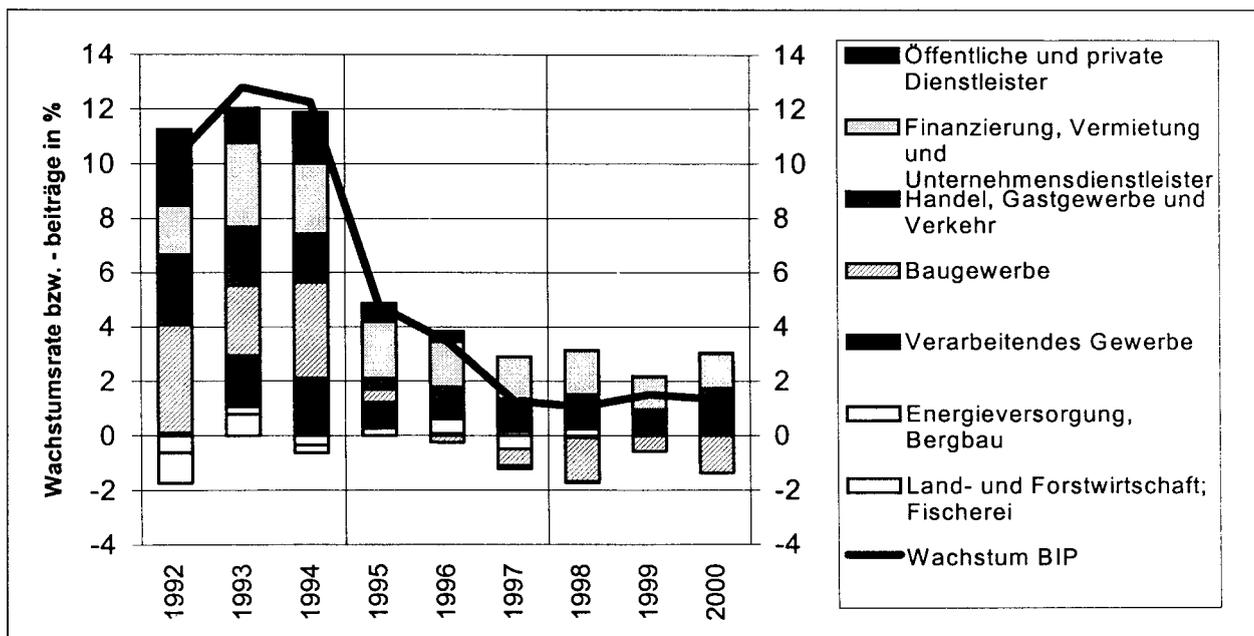
Wenn die ostdeutsche Wirtschaft wieder auf einen höheren Wachstumspfad zurückkehren wird, hängt nach dieser Analyse entscheidend davon ab, wann der Schrumpfungsprozess der ostdeutschen Bauwirtschaft ausläuft. Die Frage ist also, wo die untere Widerstandslinie für die Bauinvestitionen in Ostdeutschland liegt.

Szenarien für die Entwicklung der Bauinvestitionen in Ostdeutschland

Die zukünftige Entwicklung der Bauinvestitionen in einer Region lässt sich besser eingrenzen, wenn die verschiedenen Bausparten getrennt betrachtet wer-

Abb. 1

Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum BIP-Wachstum in Ostdeutschland (ohne Berlin)



Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

den. Es würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen, Ergebnisse der Analyse und Annahmen zu den mittelfristigen Szenarien für die verschiedenen Bausparten im Detail darzustellen.³ Zusammenfassend ist für den Zeitraum bis 2005 festzuhalten:

Wohnungsbau: Aufgrund des hohen Überangebots, auch bei frisch renovierten Wohnungen, wird sich der Wohnungsbau am schwächsten entwickeln. Im ungünstigen Fall sinken die Wohnungsbauinvestitionen zu Preisen von 1995 von rund 55 Mrd. DM im Jahr 2000 auf 35–40 Mrd. DM im Jahr 2005. Nur unter sehr günstigen Umständen kann erwartet werden, dass eine Stabilisierung auf deutlich höherem Niveau gelingt.

Wirtschaftsbau: Besser sind die Aussichten für den Wirtschaftsbau, wo sich das Wachstum des Baukapitalstocks der Unternehmen außerhalb des Baugewerbes bereits an einen Wachstumspfad von 3 % pro Jahr angepasst hat. Dementsprechend besteht die Aussicht, dass die Investitionen in Wirtschaftsbauten nach 2002 wieder zunehmen.

Staatliche Bauten: Auch bei den staatlichen Bauinvestitionen besteht die Chance, dass die Klärung der zukünftigen Finanzsituation durch den verabschiedeten Solidarpakt II den bisherigen Abwärtstrend stoppt oder sogar umkehrt.

Die Entwicklung der Bausparten aggregiert sich zu einem Gesamtergebnis für die Entwicklung der Bauinvestitionen in Ostdeutschland (vgl. Abb. 2). Für die Jahre 2001 und 2002 wurde dabei die Prognose aus der letzten Konjunkturanalyse des ifo Instituts übernommen.⁴ Um das Entwicklungsspektrum in den Jahren 2003–2005 aufzuzeigen, wurden von den Szenarien jeweils die optimistischen Varianten auf der einen Seite und die pessimistischen Varianten auf der anderen Seite zusammengefasst.

Es zeigt sich, dass über das Jahr 2002 hinaus zunächst eher mit rückläufigen Bauinvestitionen zu

rechnen ist. Selbst im optimistischeren Fall bewegen sie sich in den neuen Bundesländern erst im Jahr 1994 und 1995 wieder nach oben. Im pessimistischen Fall geht der Schrumpfungsprozess auch 2004 weiter und endet erst Mitte des Jahrzehnts.

Die Beantwortung der Frage, was die sich abzeichnende Entwicklung der Bauinvestitionen für die Bruttowertschöpfung im ostdeutschen Baugewerbe impliziert, kann sich auf den notwendigerweise engen Zusammenhang zwischen diesen beiden Variablen stützen (vgl. Abb. 3). Die leicht rückläufige Relation zwischen Wertschöpfung und Investitionen zeigt, dass das Wachstum der Bruttowertschöpfung nicht ganz Schritt hält mit der Entwicklung der Bauinvestitionen. Die Gründe hierfür liegen zum einen in der Tendenz zu einem höheren Technisierungsgrad der Gebäude und Infrastruktureinrichtungen (mehr Vorleistungen) und zum anderen im Trend zu mehr „Do it yourself“ im Wohnungs- und Eigenheimbau.

Unterstellt man, dass die bisher zu beobachtende Differenz in der Entwicklung bis 2005 anhält, so lässt sich aus den vorliegenden Szenarien für die Bauinvestitionen direkt eine Prognose für die Bruttowertschöpfung im Baugewerbe zu Preisen von 1995 ableiten. Werden auf der anderen Seite Annahmen über den Wachstumspfad der Bruttowertschöpfung in den Wirtschaftsbereichen außerhalb des Baugewerbes gesetzt, so lässt sich daraus die Entwicklung der Bruttowertschöpfung insgesamt in Ostdeutschland ermitteln.

Konsequenzen für Wachstum und Strukturentwicklung in Ostdeutschland

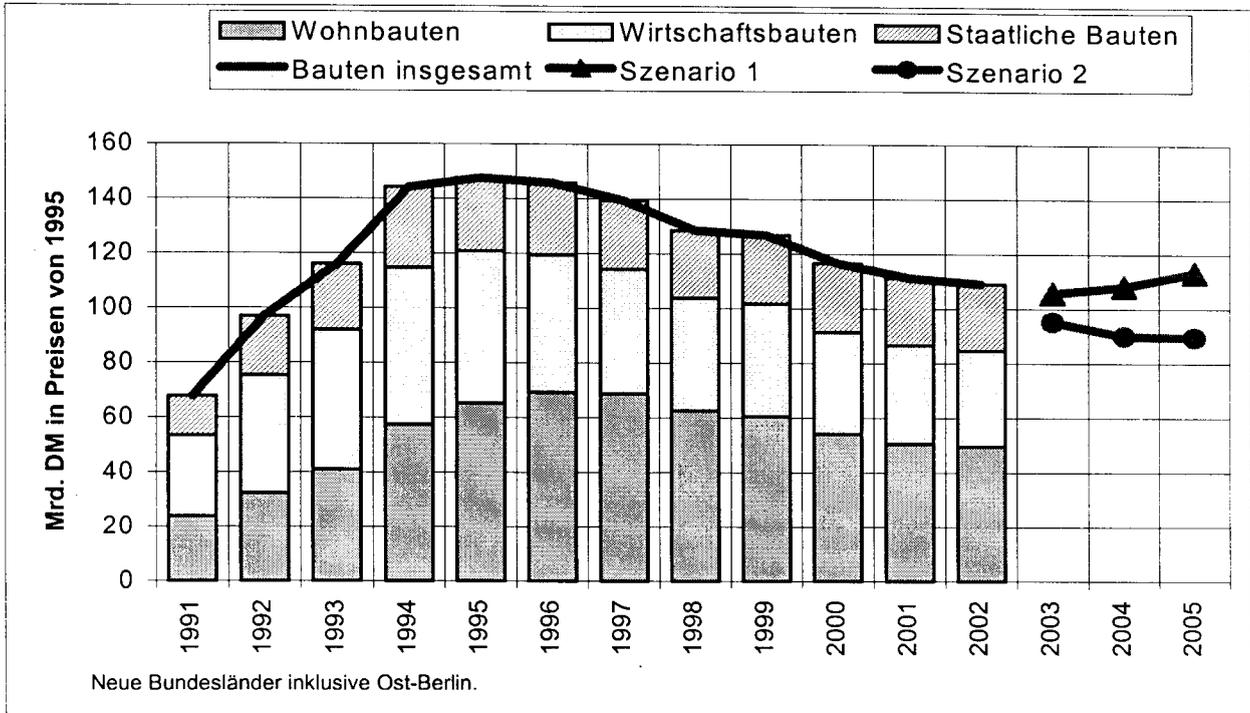
Tabelle 1 veranschaulicht die Wirkung der skizzierten Entwicklung der Bauinvestitionen auf das ostdeutsche Wirtschaftswachstum im Zeitraum 2000–2005 vor dem Hintergrund einer Extrapolation des Wachstums in den übrigen Wirtschaftsbereichen in den letzten 5 Jahren. Dargestellt ist die Ausgangsstruktur im Jahr 2000, die als Gewichtungsvektor fungiert. Der

³ Vgl. hierzu Gerstenberger, W. (2001), „Wachstumsbremse Bau – Wo liegt die untere Widerstandslinie für die Bauinvestitionen in Ostdeutschland?“, internes Arbeitspapier, Dresden, September.

⁴ Vgl. Leibfritz, W., Nierhaus, W., Meister, W. (2001), „Wirtschaftsperspektiven 2001/2002 und Entwicklung in Ostdeutschland“, ifo Dresden berichtet 8(4), S.8–29.

Abb. 2

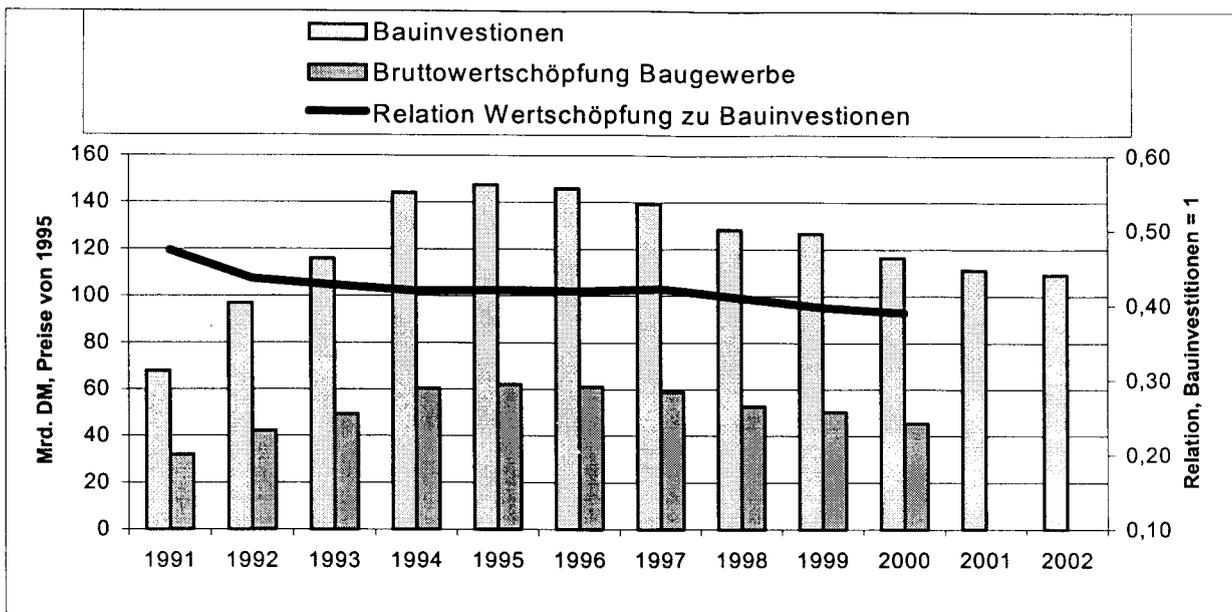
Szenarien für die Bauinvestitionen in den neuen Bundesländern



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

Abb. 3

Zusammenhang zwischen Bauinvestitionen in den neuen Ländern und Wertschöpfung im ostdeutschen Baugewerbe



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

Anteil des Baugewerbes an der Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland lag auch noch in 2000 mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Ausgewiesen werden ebenfalls die jahresdurchschnittlichen Veränderungsrate im Zeitraum 1995-2000 im Ost-West-Vergleich, die als Grundlage für die Annahmen zum Wachstum in den übrigen Wirtschaftsbereichen dienen.

Die beiden Wachstumsszenarien unterscheiden sich nicht nur durch die Entwicklung im Baugewerbe, wo die Umsetzung der Szenarien für die Bauinvestitionen in jahresdurchschnittlichen Veränderungsrate der realen Bruttowertschöpfung im Baugewerbe im günstigen Szenario (NBL1) auf eine Schrumpfrate von 2,3 %, im ungünstigen Fall von fast 7 % (NBL2) hinausläuft. Im Fall des günstigeren Szenarios für die Bauwirtschaft wird auch im Verarbeitenden

Gewerbe und im Bereich Handel und Verkehr eine etwas höhere Wachstumsrate angenommen, da hier Vorlieferanten des Baugewerbes sitzen. Das Wachstum dieser Wirtschaftsbereiche wird profitieren, wenn die bauabhängigen Industrien bzw. Sparten nicht mehr so stark nach unten ziehen wie in den zurückliegenden fünf Jahren. Auch bei den bauorientierten Unternehmensdiensten und im Wohnungswesen sollten sich Unterschiede im Bauklima auswirken. Deshalb wird für den Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ im günstigen Szenario ebenfalls ein höheres Wachstum angenommen. Es übertrifft aber nicht das beobachtete Wachstum in den letzten fünf Jahren.

Die Vorausschätzungen lassen sich auch in jährliche Veränderungsrate umsetzen. Für die Jahre 2001 und 2002 wurden dabei die Werte der Konjunktur-

Tab. 1

Strukturwandel und Wachstumspfad der ostdeutschen Wirtschaft

Bereich	Strukturanteil ^{a)} in %		Jahresdurchschnittliche Veränderungsrate in %			
	2000		1995-2000		2000-2005	
	ABL ^{b)}	NBL ^{c)}	ABL	NBL	NBL1	NBL2
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	1,1	2,6	1,9	4,6	3	3,0
Bergbau, Energie- und Wasserversorgung	2,2	3,7	-1,3	0,8	1,5	1,0
Verarbeitendes Gewerbe	23,0	14,4	1,2	6,8	7,0	6,0
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	18,0	16,3	2,2	2,1	2,2	2,0
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	31,6	25,3	4,7	6,5	6,5	4,5
Öffentliche und private Dienstleister	19,6	26,5	1,0	0,3	0,5	0,2
Summe ohne Bau	95,4	88,8	2,4	3,4	3,8	2,9
Baugewerbe	4,6	11,2	-1,6	-6,0	-2,3	-6,9
Alle Bereiche	100,0	100,0	2,2	2,0	3,2	2,0
a) Anteil an der Bruttowertschöpfung in Preisen von 1995						
b) ABL = alte Bundesländer (mit Berlin)						
c) NBL = neue Bundesländer (ohne Berlin)						

prognose für Ostdeutschland vom Juli verwendet.⁵ In Abbildung 4 ist die implizierte Entwicklung in Ostdeutschland dem Wachstumspfad der westdeutschen Wirtschaft gegenübergestellt.

Das Trendwachstum der westdeutschen Wirtschaft wurde aus der Entwicklung seit den 50er Jahren abgeleitet. In den 90er Jahren hat sich eine Trendwachstumsrate von 2 % eingespielt. Falls die Bauinvestitionen die Talsohle erst 2005/2006 erreichen, so wird die ostdeutsche Wirtschaft auch nur in dieser Größenordnung wachsen (NBL2). Anders ausgedrückt: Der Aufholprozess wird dann auch bis dahin nicht wieder in Gang kommen. Nur im Szenario 1, wo der Tiefpunkt der Bauinvestitionen spätestens 2003 erreicht wird, kann mit einer Wiederaufnahme des Aufholprozesses gerechnet werden (NBL1).

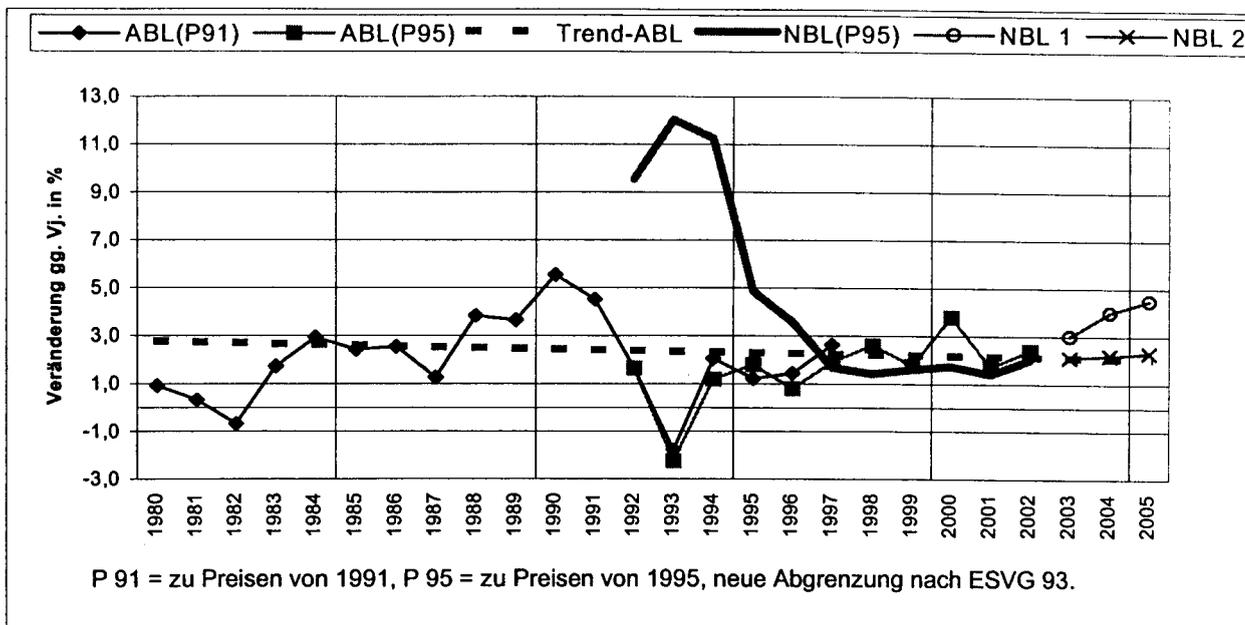
Für die Beurteilung des Aussagewertes der Wachstumsszenarien für die ostdeutsche Wirtschaft ist interessant, wie sich bei diesen Szenarien der Anteil des Baugewerbes an der gesamtwirtschaftlichen

Wertschöpfung verändern würde. Abbildung 5 zeigt die Entwicklung des Anteils des Baugewerbes an der Bruttowertschöpfung zu Preisen von 1995 vor dem Hintergrund der Entwicklung seit Anfang der 90er Jahre.

In beiden Szenarien würde der Rückbildungsprozess beim Bauanteil bis Mitte des laufenden Jahrzehnts anhalten. Selbst bei der ungünstigeren Variante für die Bauinvestitionen würde allerdings ein Anteil von 7 % an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung erreicht. Dieser Wert liegt immer noch über den für Westdeutschland und Berlin in der Vergangenheit zu beobachtenden Werten.

Bei der Konstellation in Ostdeutschland – es besteht noch ein Nachholbedarf bei der öffentlichen Infrastruktur, auch die Ausstattung mit Wirtschaftsbauten liegt noch unter dem westdeutschen Niveau – erscheint klar, dass der Anteil des Baugewerbes an der Wertschöpfung in Ostdeutschland höher liegen muss als in Westdeutschland. Schließlich erfordert ein Auf-

Abb. 4 Zum Wachstumspfad in den neuen Bundesländern

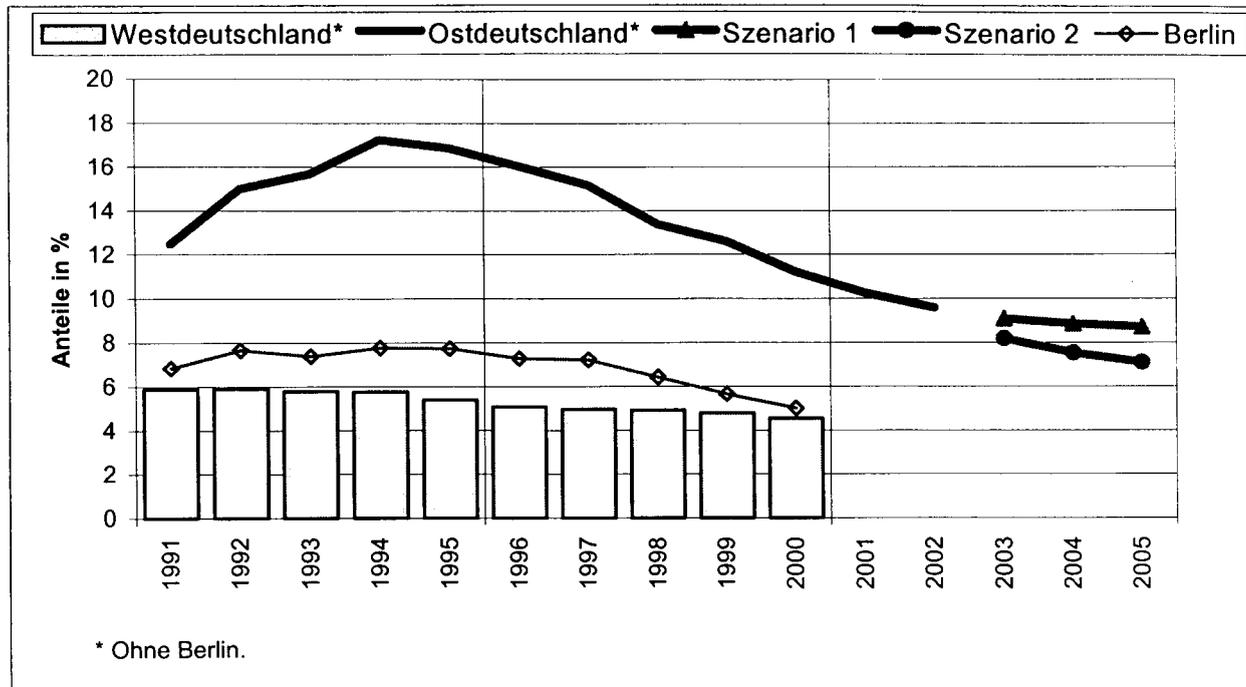


Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

⁵ Vgl. Leibfritz, W., Nierhaus, W., Meister, W.: a.a.O., Tabelle 6.

Abb. 5

Beiträge des Baugewerbes zur ostdeutschen Bruttowertschöpfung im Vergleich



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

holprozess auch ein relativ höheres Investitionsvolumen. Da die Bauproduktion stets zu einem erheblichen Teil lokal erbracht wird, ist insoweit der höhere Wertschöpfungsanteil kein Indiz dafür, dass die Szenarien von zu günstigen Annahmen ausgegangen sind.

Dies bestätigt auch ein europäischer Vergleich der Bauanteile für das Jahr 1996 (vgl. Abb. 6). Der Querschnittsvergleich zeigt, dass Regionen wie die neuen Bundesländer (NUTS-1-Regionen) einen umso niedrigeren Anteil des Baugewerbes an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung aufweisen, je höher das Pro-Kopf-Einkommen der Region ist.

Zu den Regionen mit dem höchsten Einkommen pro Einwohner zählen Hamburg (D), Île de France (F), Région Bruxelles-Capitale (B) und Hessen (D). Das Baugewerbe trägt in diesen Regionen weniger als 5 % zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung bei. In Regionen mit einem Pro-Kopf-Einkommen zwischen 10 und 15 Tausend Euro wie Centro (E) und

Sardegna (I) sind dagegen Beiträge zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung von 7–9 % durchaus üblich.

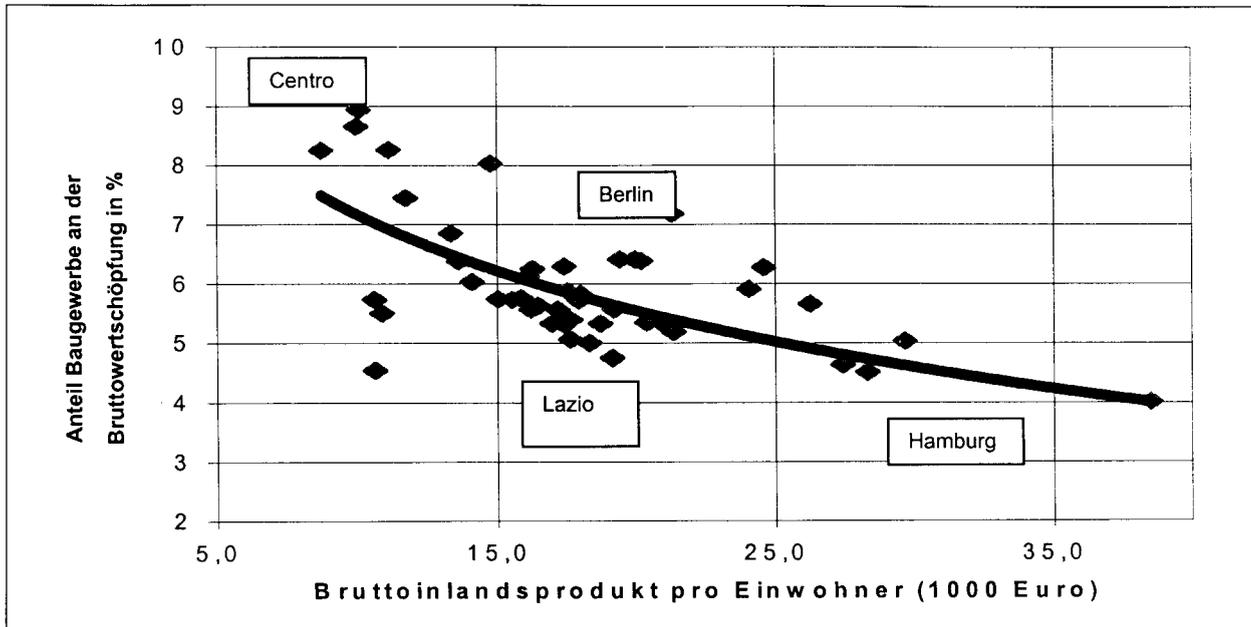
In diesem Bereich liegt das Pro-Kopf-Einkommen in den neuen Bundesländern. Ein Wertschöpfungsanteil von 7–8 % wäre damit dem Entwicklungsstand der neuen Länder angemessen. Damit könnten dann in der zweiten Hälfte des laufenden Jahrzehnts sogar wieder positive Beiträge des Baugewerbes zum ostdeutschen Wachstum erwartet werden.

Zusammenfassung und wirtschaftspolitische Folgerungen

Die Analyse der Entwicklungsperspektiven für die Bauinvestitionen in Ostdeutschland zeigt, dass die Belastung des Wachstums der ostdeutschen Wirtschaft durch das schrumpfende Baugewerbe noch bis mindestens 2002 anhalten wird. Im ungünstigen Fall könnte sich der Schrumpfungsprozess auch bis 2005/2006 erstrecken. Nur in dem günstigeren

Abb. 6

Wertschöpfungsanteil des Baugewerbes und BIP pro Kopf in den Regionen (NUTS-1) von der Europäischen Union im Jahr 1996



Quelle: Europäische Kommission, Jahrbuch der Regionen, Berechnungen des ifo Instituts.

Szenario besteht eine Chance, dass der Aufholprozess der ostdeutschen Wirtschaft noch in diesem Jahrfünft wieder in Gang kommt. Die Wachstumsraten von 3–4 % in dieser Konstellation ergäben aber nur hintere Plätze im europäischen Ranking der Aufholländer. Auch den benachbarten EU-Beitrittskandidaten wird mehr Wachstum zugetraut. Die Wirtschafts-, Finanz- und Tarifpolitik ist deshalb in jedem Fall gefordert.

Angesichts der Leerstände wäre es verfehlt, sich mit Konjunkturprogrammen dem Schrumpfungsprozess im Bau entgegenzustemmen. Dies schließt nicht aus, dass Abrissaktionen zur Beseitigung des Überangebots unterstützt und – angesichts der gesicherten Finanzmittel durch den Solidarpakt II – Projekte zur Schließung der ostdeutschen Infrastrukturlücke vorgezogen werden. Finanzmittel und Energien sollten aber im wesentlichen darauf konzentriert werden, die Wachstumsbedingungen generell zu verbessern und

neue Wachstums- und Beschäftigungsfelder zu erschließen. Eine Reihe von Veränderungen – nicht nur für Ostdeutschland – erscheinen angebracht.

Das Schul- und Hochschulsystem muss reformiert, die staatlichen Forschungseinrichtungen besser ausgerichtet werden, damit Industrie und wissensgestützte Dienste mit qualifiziertem Personal die Wachstumschancen nutzen können, welche die Informations- und Kommunikationstechnik wie auch die Bio- und Gentechnik bieten. Die Umsetzung von neuen Erkenntnissen in Produkte und Dienste der „New Economy“⁶ muss beschleunigt werden. Dies geschieht am besten, wenn Forscher zu Unternehmern werden. Die Unterstützung von Unternehmensgründungen und von jungen Firmen sollte auf die Bereiche der „New Economy“ konzentriert werden. Eine Förderung von Neugründungen in Wirtschaftsbereichen, die bereits von Überkapazitäten geprägt sind, bedeutet nur eine Verschärfung des

⁶ Vgl. Gerstenberger, W. (2001), „Wie stark ist die ‚New Economy‘ in Ostdeutschland?“, ifo Dresden berichtet 8(1), S. 26–37.

ruinösen Wettbewerbs und wird ohne nachhaltigen Effekt auf Wachstum und Beschäftigung bleiben.

Damit die jungen Unternehmen wachsen können ist es wichtig, die Vielzahl der Marktzugangsbeschränkungen und Regulierungen gerade im Dienstleistungsbereich zu durchforsten. Deutschland mutet seinen Gründern viel Bürokratie zu.⁷ Deutsche kleine und mittlere Unternehmen (KMU) haben es außerdem mit einem der am wenigsten transparenten Regulierungssysteme in Europa zu tun. Die ostdeutschen Länder und Kommunen haben die Beschäftigungseffekte florierender KMU besonders nötig. Eine Pionierrolle bei der Straffung des staatlichen Regulierungssystems und der Einführung einer kundenorientierten Verwaltung stünde ihnen deshalb gut an.

Neben einer moderaten Tarifpolitik und der Begrenzung der Lohnnebenkosten ist mehr Lohndifferenzierung angesagt: Nach unten, um mehr Jobs für wenig qualifizierte Arbeitskräfte im Bereich der international nicht handelbaren Dienste rentabel zu machen; nach

oben, um attraktiv für die benötigten qualifizierten Kräfte zu sein.

Da die jungen Firmen Ostdeutschlands im wissensgestützten Bereich bei der Konkurrenz um qualifizierte Kräfte über attraktive Löhne und Arbeitsbedingungen kaum mit den etablierten High-Tech-Firmen aus der übrigen EU mithalten können, muss die Attraktivität für den Nachwuchs auf anderem Wege, z. B. über die Beteiligung am Erfolg, hergestellt werden. Nachdem die Tarifparteien in den neuen Ländern bei der Flexibilisierung des Tariflohnsystems vorangegangen sind, sollten sie deshalb nun das Thema „Beteiligung am Erfolg und Vermögenszuwachs“ möglichst schnell vorantreiben.

Niedrigere Löhne im Bereich der geringen Qualifikationen ermöglichen aber nur dann mehr Beschäftigung, wenn auch entsprechende Anreize zur Arbeitsaufnahme für Empfänger von Arbeitslosen- und Sozialhilfe gesetzt werden.⁸ Auch in diesem Bereich sind Reformen dringend erforderlich.

Wolfgang Gerstenberger

Bildet das Dresdner Cluster der IuK-Wirtschaft die Grundlage für ein Innovatives Milieu?

Einleitung

In diesem Beitrag wird der in Sachsen zu beobachtende Entwicklungstrend mit einer Konzentration der technologieintensiven Informations- und Kommunikations- (IuK)-Industrie auf die Region der Landeshaupt-

stadt Dresden aus theoretischer und empirischer Perspektive näher beleuchtet. Vor dem Hintergrund eines kurzen Überblicks der Theorien zur regionalen Entwicklung wird die sächsische Raumstruktur mit dem „Städtedreieck“ der drei Zentren Dresden, Chemnitz und Leipzig vorgestellt, das aufgrund der Konzentra-

⁷ Vgl. Gerstenberger, W.; Vögtle, C. (2000), „Kleine und mittlere Unternehmen, staatliche Rahmenbedingungen und Schaffung zusätzlicher Jobs“, *ifo Dresden berichtet* 7(5), S. 19–28.

⁸ Vgl. im Einzelnen: Sinn, H.-W. (2000), „Germany's Economic Unification. An Assessment after ten Years.“ CESifo Working Paper No. 247, München. Vgl. auch Sinn, H.-W. (2000), „Zehn Jahre deutsche Wiedervereinigung – Ein Kommentar zur Lage der neuen Länder“, *ifo Schnelldienst* 53(26-27), S. 10–22.